



Ausschuss für Bauen und Verkehr

51. Sitzung (öffentlich)

11. Oktober 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:30 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Röken (SPD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Effiziente öffentliche Daseinsvorsorge der Menschen in NRW **5**
langfristig sichern

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4486

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Antrag ohne
Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

2 Gesetz zur Verbesserung des Nichtraucherschutzes in Nordrhein- **6**
Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/ 4834

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Gesetzentwurf
ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

3 Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes, der Landesbauordnung und des Landesabfallgesetzes (ArtikelG) 7Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4835

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

4 Erfahrungsaustausch mit der Region Nord-Pas de Calais und der Woiwodschaft Schlesien auf dem Gebiet des Brachflächenrecyclings in öffentlicher Trägerschaft 8

Vorlage 14/1273

– Bericht von MDgt Collinet (MBV) 8

5 Neue Überlegungen zum Vorgang mit den Problemen des Brachflächenrecyclings 10

Vorlage 14/1273

– Bericht von Minister Oliver Wittke (MBV) 10

6 Gesetz über die Sicherheit in Häfen und Hafenanlagen im Land Nordrhein-Westfalen (Hafensicherheitsgesetz – HaSiG) 14Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4240

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

7 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008) 22Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4600

	Vorlagen 14/1213 und 14/1298	
	Einzelberatung des Einzelplans 14	
	– Beratung	22
8	Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW)	26
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/4582	
	<u>In Verbindung mit:</u>	
	Den nordrhein-westfälischen Ansatz der Immobilien- und Standortgemeinschaften zur Stärkung von Innenstädten, Stadtteilzentren und Wohnquartieren weiterentwickeln!	
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/2583	
	Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer öffentlichen Anhörung.	
9	Privatisierungspläne Deutsche Bahn und Haltung der Bundesländer	28
	Vorlage 14/1341	
	– Bericht von Minister Oliver Wittke (MBV)	28
	– Diskussion	29
10	Verlängerung der Nachflugregelung Köln/Bonn	34
	Vorlagen 14/1288 und 14/1342	
	– Diskussion	34
11	Ergebnisse der Verkehrsministerkonferenz am 9./10. Oktober 2007	36
	Vorlage 14/1287	
	– Bericht von Minister Oliver Wittke (MBV)	36
	– Diskussion	38

12 Auswärtige Termine**41**

* * *

8 Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4582

In Verbindung mit:

Den nordrhein-westfälischen Ansatz der Immobilien- und Standortgemeinschaften zur Stärkung von Innenstädten, Stadtteilzentren und Wohnquartieren weiterentwickeln!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2583

Vorsitzender Wolfgang Röken teilt mit, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei vom Plenum an den Ausschuss für Bauen und Verkehr ebenso zur federführenden Beratung überwiesen worden wie der SPD-Antrag. Mitberatend seien der Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform sowie der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie.

Im Sprecherkreis habe man sich darauf verständigt, heute das Beratungsverfahren abzustimmen, wobei bereits ein Antrag auf Durchführung einer öffentlichen Anhörung angekündigt worden sei.

Heinz Sahnen (CDU) schlägt vor dem Hintergrund, dass eine öffentliche Anhörung durchgeführt werden solle, vor, nach der Anhörung über das in Rede stehende Thema zu beraten.

Monika Ruff-Händelkes (SPD) sagt, Anhörungen seien ja dazu da, den Sachverstand zu nutzen. Ihre Fraktion habe bereits vor einem Jahr ein Immobilien- und Standortgemeinschaftengesetz gefordert, aber unter Hinzuziehung der Wohnimmobilien. Für diese Hereinnahme habe damals auch der Verband der Wohnungswirtschaft ganz klar votiert. Sie wünsche sich, dass die Sachargumente in der Anhörung gehört und berücksichtigt würden.

Christof Rasche (FDP) merkt an, die Anhörung könne ja nicht nur auf den Gesetzentwurf der Landesregierung, sondern auch auf den Antrag der SPD-Fraktion bezogen werden.

Horst Becker (GRÜNE) führt an, seines Wissens habe der Minister für den Bereich der Wohnimmobilien zwei Modellprojekte angekündigt. Aufgrund der unterschiedlichen Städte-, Raum- und Wohnungstypen könnten jedoch mehr als zwei Modellprojekte notwendig sein.

Minister Oliver Wittke (MBV) erläutert, Grund für zwei Modellprojekte sei, dass zum einen eine Wachstumsregion und zum anderen eine Schrumpfungsregion Nordrhein-Westfalens haben umfasst werden sollen. Seiner Meinung mache es wenig Sinn, auch noch zwischen Stadt und Land und zwischen einzelnen Regionen zu unterscheiden. Ihm scheinen Schrumpfungsregionen und Wachstumsregionen die beiden Grundtypen zu sein. In Wachstumsregionen gebe es nämlich andere Probleme als in Schrumpfungsregionen, aber in beiden Bereichen werde Handlungsbedarf gesehen. Er sei aber nicht auf diese zwei Typen festgelegt. Sollten in Zukunft mehr Grundtypen identifiziert werden, dann werde man dies berücksichtigen.

Horst Becker (GRÜNE) hält einen Aufruf des Ministers für sinnvoll, mehr als zwei Modellprojekte zu machen. Seiner Meinung nach gebe es nämlich mehr als zwei Grundtypen.

Minister Oliver Wittke (MBV) erläutert, bei Wohnimmobilien sei die Eigentümerstruktur völlig anders als bei Gewerbeimmobilien. Bei Gewerbeimmobilien seien oftmals sozusagen Profis Eigentümer der Immobilien, wohingegen es im Bereich der Wohnimmobilien, wenn es keine Wohnungsbaugesellschaften seien, in der Regel weniger Ansprechpartner und Sachkompetenz gebe. Dies sei auch der Grund dafür, weshalb er zum jetzigen Zeitpunkt nicht das ISG-Gesetz auf Wohnimmobilien ausdehnen wolle. Vom Grundsatz her habe er dafür Sympathie, aber zunächst müssten Erfahrungen gesammelt werden. Von daher wolle er Modellversuche durchführen. Diese Vorgehensweise halte er für seriös. Dies alles funktioniere sehr gut dort, und zwar auch auf freiwilliger Basis, wo es große Wohnungsbaugesellschaften gebe. Gerade in Bereichen, in denen es eine Vielzahl von Eigentümern von Kleinstwohnungsbeständen gebe, werde es jedoch sehr schwierig.

Der **Ausschuss** beschließt die Durchführung einer öffentlichen Anhörung.